

NEUES AUS DEN POLNISCHEN NACHBARREGIONEN



Werden Verbindungen nun abgebaut?
Neißebrücke zwischen Markosice und Albertinenaue
Bild: Wikimedia-User ‚X-Weinzar‘, CC-BY-SA 3.0

+++ Corona-Update: vierte Welle überzieht das Land +++ Bau der Schnellstraße S3 nähert sich dem Ende +++ Verzicht auf Kohleenergie stößt auf viele Hindernisse +++ Kommentar +++ Erste Fortschritte im Streit um Turów-Tagebau +++ Welchen Einfluss hat der belarusisch-polnischer Konflikt auf das deutsch-polnische Zusammenleben? +++ Ukrainer protestieren vor dem Wojewodschaftsamt +++ Intel übernimmt Stettiner Start-Up +++ Provisorische Brücke gesperrt +++ Lapidarium für deutsche Grabsteine +++ Briefträger dringend gesucht +++ Polens U-21-Auswahl gewinnt 4:0 gegen Deutschland +++



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



COVID GESUNDHEIT

Corona-Update: vierte Welle überzieht das Land

Mit etwas Verzögerung ist die vierte Welle der Corona-Infektionen auch in Polen angekommen. Die Neuinfektionszahlen in Polen sind nun landesweit gestiegen, nachdem im Monat zuvor besonders der Osten des Landes betroffen war. Gab es vor einer Woche bereits ca. 15.000 Neuinfektionen pro Tag im Land, so ist das Infektionsgeschehen zur Monatsmitte bereits auf etwa 20.000 Neuinfektionen pro Tag angestiegen. Innerhalb der vergangenen Woche wurden in Polen 260 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner gemeldet, was bereits in etwa der gleichen 7-Tage-Inzidenz wie in Deutschland zur gleichen Zeit entspricht.

Bisher sind keine Maßnahmen ergriffen worden, die die Infektionswelle aufhalten könnte, die Regierung versuche das Problem auszusitzen, kritisierten Ärzte in der Wochenzeitung Polityka. Besonders die Kinderheilkunde leide derzeit unter Überlastung – einerseits durch COVID-19, andererseits auch durch typische Infektionskrankheiten der kälteren Jahreszeit, die in diesem Jahr bei Kindern häufiger auftreten, nachdem sie in dieser Saison wieder Kontakt miteinander haben und die Immunsysteme nach dem kontaktlosen letzten Jahr weniger Abwehrkräfte aufgebaut haben. Schulen und Kindergärten sind aber weiter im Regelfall geöffnet, es werden allerdings vermehrt Klassen und Kindergartengruppen in Quarantäne geschickt.

Die Impfquote liegt in vielen Landesteilen weit unter der Erwartung zurück. Im Landesdurchschnitt sind 53 % der Menschen mindestens zweifach geimpft (in Deutschland 67 %), ab dem 3.11.2021 können Termine für eine dritte Impfung vereinbart werden. Bei den Wettbewerben um die Gemeinde mit dem höchsten Impfstatus bis zum Herbst hat Podkowa Leśna (Masowien) mit 70,2 % vollständig Geimpften gewonnen, auf Platz 2 kommt Wronki (Wojewodschaft Großpolen) mit 70,1 % und auf Platz 3 Ustronie Morskie (Westpommern) mit 67 %. Bei den Großstädten liegen Warschau und Posen mit je 68 % auf den ersten Plätzen. Für alle Gemeinden, die auf Platz 1 in einer der 49 Regionen liegen, gibt es einen finanziellen Zuschuss von 1 Million Złoty (ca. 215.000 Euro) in die Gemeindekasse, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Quote bei über 50 % liegt, was nicht alle Platz-1-Gemeinden erreicht haben. Über die Ergebnisse des Regierungswettbewerbs „die am stärksten immunisierte Gemeinde“ wird von regierungsnahen Medien nicht groß berichtet, stellt die Gazeta Wyborcza fest, was nicht verwundert: die Impfquoten könnten besser sein, außerdem werden die Gemeinden, die die besten Ergebnisse erzielten, nicht selten von Oppositionsparteien regiert.

Die öffentlichen Dienste werden mittlerweile auch wieder auf Noteinsätze vorbereitet. So werden Einkaufszentren verstärkt kontrolliert, in Stettin werden Polizei und Feuerwehr für den Transport



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



von Sauerstoff in die Krankenhäuser eingesetzt; das Warschauer Notkrankenhaus im Nationalstadion wird ebenfalls reaktiviert. Bis zum 30. November und zum 15. Dezember werden auch in Westpommern die Anzahl der Krankenhausbetten in den regionalen Krankenhäusern für COVID-19-Patienten in zwei Stufen erhöht.

QUELLE: GAZETA WYBORCZA SZCZECIN, RADIO SZCZECIN, 13.11.2021, 12.11.2021, POLITYKA, 04.11.2021

INFRASTRUKTUR

Bau der Schnellstraße S3 nähert sich dem Ende

Die zum größten Teil entlang der Grenze zu Deutschland verlaufende Schnellstraße S3 wurde Anfang November um einen weiteren Abschnitt zwischen Polkowice und Lubin in Niederschlesien erweitert. Insgesamt wurden bisher 420 km der Schnellstraße fertiggestellt. Es handelt sich dabei um eine der wichtigsten Verkehrsinvestitionen im Westen Polens. Der schwierigste Abschnitt der S3 von Bolków nach Lubawka befindet sich derzeit noch im Bau. Ein Teil des Weges wird durch in den Fels gebohrte Tunnel verlegt. Die Arbeiten sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2023 abgeschlossen werden.

Die gesamte Schnellstraße S3 wird etwa 520 km lang sein und Swinemünde mit der tschechischen Grenze in Lubawka verbinden. Sie wird unter anderem durch Stettin, Landsberg an der Warthe, Grünberg, Lubin und Liegnitz verlaufen. Gleichzeitig ist sie Teil der Europastraße E65 mit einer Gesamtlänge von rund 3950 km, die das schwedische Malmö mit der griechischen Stadt Chania verbindet.

GAZETA LUBUSKA, 09.11.2021

UMWELT

Verzicht auf Kohleenergie stößt auf viele Hindernisse

Während des COP26-Klimagipfels in Glasgow unterzeichnete Polen eine Erklärung zum Ausstieg aus der Kohle bis zum Jahr 2040. Das Vorhaben bleibt eine große Herausforderung, da der polnische Energiesektor überwiegend auf Kohle basiert. Aus einem Bericht der Stiftung InStrat, die das elektro-energetische System Polens täglich analysiert, geht hervor, dass Polen nur ca. 22 Prozent der Energie aus anderen Quellen als Kohle erzeugt. Beispielsweise wurden am 4.



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



November 78 Prozent des in Polen erzeugten Stroms aus Kohle gewonnen. Gas erzeugte 9 Prozent, Wind 8 Prozent und Photovoltaik 2 Prozent.

Kommentatoren des Klimagipfels weisen jedoch auf viele ungelöste Punkte hin. So plant die polnische Regierung, den umstrittenen Tagebau in Turów an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze bis 2044 zu betreiben. Scharf kritisiert wurde von Klimaaktivisten auch das Vorhaben, auf Kohle erst in 30 Jahren zu verzichten.

Wiktoria Jędrozkowiak, eine Klimaaktivistin von Greenpeace Polska, sagte dazu im Fernsehsender tvn24: „Die Erklärung zu unterzeichnen und gleichzeitig zu sagen, dass dies für Polen den Ausstieg aus der Kohle in den 2040er Jahren bedeutet, ist der Gipfel der Heuchelei. Einerseits hat sich Polen der Erklärung angeschlossen, in der für die entwickelten Länder eindeutig das Ziel des Kohleausstiegs bis 2030 festgelegt ist, andererseits zieht es die Regierung vor, uns in die gleiche Kategorie wie die Entwicklungsländer einzuordnen. Es ist einfach verwerflich, nach Schlupflöchern in der Erklärung zu suchen und zu versuchen, uns auf dem Weltklimagipfel als armes Land darzustellen, während die ärmsten Länder der Welt neben uns anwesend sind. Eine Fortsetzung dieser Art von Politik kann zu einer Katastrophe führen, nicht nur in Bezug auf das Klima, sondern auch in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.“

TVN24.PL 05.11.2021, RP.PL 04.11.2021, INSTRAT.PL

KOMMENTAR VON SZYMON BUJALSKI, KLIMA-JOURNALIST, MITARBEITER VON „GAZETA WYBORCZA“ UND DEM INTERNETPORTAL „NAUKA O KLIMACIE“ („WISSENSCHAFT ÜBER DAS KLIMA“)

Polen enttäuschte oder vielmehr: überraschte nicht

Polen kam zum Klimagipfel nicht mit einer ernsthaften Verpflichtung und verließ Glasgow mit einer Anti-Auszeichnung. Die Regierung zieht es immer noch vor, Teil des Problems und nicht Teil der Lösung zu sein.

In den ersten Tagen der COP26 in Glasgow ging eine wichtige Information durch die Medien: Polen hat sich der Koalition von mehreren Dutzend Staaten angeschlossen, die sich zum Ausstieg aus der Kohle verpflichtet haben. Die veröffentlichte Ankündigung gab Anlass zur Freude. Sie zeigte, dass die Entwicklungsländer, die Teil der Koalition sind, in den 2040er Jahren aus der Kohle aussteigen werden, die Industrieländer dagegen bereits in den 2030er Jahren. Die Industrieländer, also auch Polen.

Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die Regierungsvertreter erklärten sehr schnell, dass Polen wie vorgesehen bis 2049 aus der Kohle aussteigen werde. Damit haben sie die 23. größte Volkswirtschaft der Welt und ein OECD-Mitglied gewissermaßen auf den Status eines Entwicklungslandes



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



zurückgestuft. Für seine Haltung verlieh das Climate Action Network Europe Polen sogar die Anti-Auszeichnung „Fossil des Tages“.

Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Behörden den Wandel und die klimatischen Herausforderungen angehen. Das Jahr 2049 ist ein Termin, an den sich Polen schon seit einiger Zeit klammert und den es nicht freiwillig aufgeben wird. Der Druck der Europäischen Union – einschließlich der Halbierung der Mittel aus dem Just Transition Fund – hat bisher keine Wirkung gezeigt. Polen ist immer noch das einzige Land in der EU, das kein Klimaneutralitätsziel angenommen hat.

Wie sieht die Energietransformation in Polen aus? In gewisser Hinsicht hat Polen bei der Transformation viel erreicht. In den 1980er-Jahren lagen die CO₂-Emissionen bei über 450 Millionen Tonnen pro Jahr, im 21. Jahrhundert sind es nur noch knapp über 300 Millionen pro Jahr. Allerdings ist nicht der große Plan zur Reduzierung der Emissionen dafür verantwortlich, sondern der unkontrollierte Zusammenbruch der Bergwerke nach dem Fall des Kommunismus.

Wird sich die Geschichte wiederholen? Obwohl der Einsatz von Kohle und die Beschäftigung in Kraftwerken und Bergwerken von Jahr zu Jahr zurückgehen, die EU-Ziele klar sind und die Abgaben für Kohlendioxidemissionen steigen, verfügt Polen noch immer nicht über einen verlässlichen Transformationsplan. Man kann also sagen, dass der Bergbausektor einen stillen Tod stirbt.

Und gleichzeitig ist der Wunsch, etwas zum Leben zu erwecken, nicht allzu groß. Kurz nach der Machtübernahme im Jahr 2015 hat die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) den Bau von Windrädern praktisch verhindert. Ab dem nächsten Frühjahr wird auch die Installation von Photovoltaik-Paneeelen deutlich weniger rentabel sein, dank deren die Beschäftigung im Sektor der erneuerbaren Energiequellen in Polen im Jahr 2020 auf über 90.000 Personen gestiegen war. Dies ist nicht nur die höchste Zahl in Europa (im zweitplatzierten Deutschland waren es fast 80.000 Beschäftigte), sondern auch etwas weniger als im gesamten polnischen Bergbausektor, der etwa 110.000 Beschäftigte zählt.

Obwohl Änderungen am Regierungsprogramm „Mein Strom“ notwendig sind (das bisherige Programm basierte auf großen Anreizen, die den Markt ankurbeln sollten), weisen Experten darauf hin, dass sie zu schnell und ohne angemessene Konsultation eingeführt werden. Das Ergebnis ist, dass die wiederbelebten erneuerbaren Energien einen weiteren Rückschlag erleiden und die Hoffnungen auf eine schnellere Energiewende wieder zunichte gemacht werden.

Wenn die Regierung weiterhin die Realität verzerrt und sich entgegen dem europäischen Trend nicht von der Kohlekraft verabschiedet, wird die Energie-Transformation scheitern. Und anstatt der Schlüssel zum Erfolg zu sein, wird er zur Quelle eines ernststen Problems.



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Pressechau
Ausgabe Oktober 2021

UMWELT

Erste Fortschritte im Streit um Turów-Tagebau

Im Streit um den Tagebau Turów an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze gibt es offenbar erste Einigungsversuche mit der tschechischen Seite. Laut eines Berichts der „Gazeta Wyborcza“ soll Polen der tschechischen Seite 50 Millionen Euro für Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels vorgeschlagen haben. Die Tschechen würden im Gegenzug ihre Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zurückziehen. 15 Millionen Euro aus der gesamten Summe sollen an die tschechische Regierung und 35 Millionen Euro an die Grenzgemeinde Liberec überwiesen werden, die von den Umweltschäden, insbesondere dem Abzug des Grundwassers, am meisten betroffen ist. Darüber hinaus soll sich Polen verpflichten, das Bergwerk nicht willkürlich in Richtung der tschechischen Grenze zu erweitern.

Die Tschechische Republik hat Polen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt. Sie behauptet, die polnischen Behörden hätten bei der Erteilung von Bergbaukonzessionen für das Bergwerk Turów bis 2026 gegen EU-Vorschriften verstoßen. Zudem wurde später die Konzession bis 2044 verlängert, was laut Umweltaktivisten ebenfalls gegen europäisches Recht verstößt. Polen weist die Argumente der tschechischen Seite zurück.

Der Fall von Turów in Bogatynia wird von polnischer und tschechischer Seite auf zwei Ebenen ausgetragen. Einerseits laufen direkte Verhandlungen mit den Tschechen, um deren Standpunkt zu ändern und die Klage vor dem EuGH zurückzuziehen. Die andere Front verläuft beim Europäischen Gerichtshof. Am 9. November begann in Luxemburg das Verfahren vor dem EuGH. Beide Seiten haben bereits ihre Positionen dargelegt. Das Verfahren wird auf Wunsch der polnischen Seite beschleunigt, so dass die Entscheidungen voraussichtlich im ersten Quartal 2022 zu erwarten sind. Aufgrund eines früheren Teilurteils des EuGH wurde Polen von der Europäischen Kommission bereits die erste Rechnung für das weitere Betreiben des Tagebaus Turów gestellt. Insgesamt sind bereits 25 Mio. Euro zu zahlen. Polen weigert sich allerdings nach wie vor, die Summe zu begleichen. Jeden Tag erhöht sich die Strafe um weitere 500.000 Euro.

Dass es für den Tagebau Turów und die daneben liegenden Kraftwerk keine Zukunft gibt, darüber sind sich Wissenschaftler*innen der Schlesischen Technischen Universität einig. Sie analysierten die potenzielle Weiternutzung des Tagebaus und sind zu dem Schluss gekommen, dass Kohle eine zu teure Energiequelle ist. Von daher sei es notwendig, auf erneuerbare Energien umzusteigen.



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Presseschau
Ausgabe Oktober 2021

MONEY.PL, 09.2021, GAZETA WYBORCZA, 10.11.2021, 08.11.2021

GESELLSCHAFT

Welchen Einfluss hat der belarusisch-polnische Konflikt auf das deutsch-polnische Zusammenleben?

Über die Auswirkungen des belarusisch-polnischen Konflikts, der sich täglich weiter zuspitzt, wird auch in der westpolnischen Presse diskutiert. Die Gazeta Wyborcza Szczecin stellt die Frage, ob womöglich die deutsche Seite aufgrund des Zustroms von Migrant*innen, die aus Belarus über Polen nach Deutschland einzuwandern versuchen, die Grenzen zwischen Polen und Deutschland schließen oder zumindest Grenzkontrollen verstärkt werden. Besonders betroffen sind derzeit die Grenzen zwischen Vorpommern und Westpommern, wo kein Fluss unsere beiden Länder trennt und ein Grenzübertritt über die grüne Grenze möglich ist. In einem weiteren Artikel stellt die Zeitung ein neues Registrierungszentrum in Frankfurt (Oder) vor, das in der Lage ist, täglich etwa 400 Personen aufzunehmen, zu registrieren, zu befragen und anschließend in Aufnahmestationen anderer Bundesländer weiter zu vermitteln, wo diese die Möglichkeit hätten, einen Asylantrag zu stellen. Seit Jahresbeginn sollen nach deutschen Angaben etwa 8000 Menschen über die Belarus-Polen-Route nach Deutschland gekommen sein. Die Gazeta Wyborcza hatte die Zahlen mit den Angaben des Polnischen Innenministeriums verglichen und eine Diskrepanz festgestellt. Wenn die deutschen Zahlen stimmten, bedeutete dies, dass die Grenze zu Belarus nicht so dicht ist, wie von der Regierung dargestellt und dass Migrant*innen ohne Probleme durch das ganze Land reisen könnten. Wegen des Ausnahmezustands entlang der belarussischen Grenze sei eine unabhängige Berichterstattung nicht möglich und eine transparente Information seitens der Regierung nicht gegeben. Über den Konflikt zwischen Belarus und Polen und das Vorgehen an der Grenze, an der unter dramatischen Bedingungen Menschen festgehalten werden, gehen die Meinungen und die Berichte weit auseinander. Radio Szczecin berichtet auf Grundlage der deutschen Boulevardpresse über eine Demonstration am Berliner Brandenburger Tor, bei der auf Transparenten für den Schutz der Grenze vor Migration gedankt wurde. Die Gazeta Wyborcza Szczecin richtet ihr Augenmerk stärker auf die Humanität und zeigt Bilder von einer Gruppe, die in Stettin bei einer Mahnwache ein Schild zeigten mit der Aufschrift „Eine sichere Grenze ist eine Grenze, an der niemand ums Leben kommt“.

QUELLEN: GAZETA WYBORCZA SZCZECIN 13.11.2021, 10.11.2021, 08.10.2021, RADIO SZCZECIN, 14.11.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Pressechau
Ausgabe Oktober 2021

GESELLSCHAFT MIGRATION

Ukrainer protestieren vor dem Wojewodschaftsamt

Zu einer größeren Protestdemonstration trafen sich am 30. Oktober 2021 einige Hundert Ausländer, die meisten aus der Ukraine, vor dem niederschlesischen Wojewodschaftsamt in Breslau. Seit Jahren klagen sie über lange Wartezeiten auf Genehmigungen, verschlepptes Handeln der Behörden, Verweigerung von Auskünften. Bereits 2019 hatte sich die Oberste Verwaltungskontrolle mit der Breslauer Behörde beschäftigt und festgestellt, dass diese im Vergleich mit anderen Wojewodschaften in Sachen Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen am langsamsten arbeite. Die Situation habe sich aber nicht verbessert, im Gegenteil: Inzwischen beträgt die Wartezeit bei den Genehmigungen bis zu fünf Jahren. Das langsame Verwaltungshandeln ist absurd, die Arbeitskräfte werden gebraucht, oftmals hängen eine Reihe weiterer Probleme an den fehlenden Genehmigungen, bei Kindergeldbezug, Wohnungsvermittlung, Klassenfahrtteilnahme der Kinder oder auch die Corona-Impfung. Viele der Migrant*innen hätten Polen deshalb schon wieder verlassen.

QUELLEN: GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 30.10.2021, 27.05.2021, 03.11.2019

WIRTSCHAFT

Intel übernimmt Stettiner Start-Up

Der amerikanische Chipproduzent Intel Corporation wird das Stettiner Unternehmen RemoteMyApp übernehmen. Das Start-Up-Unternehmen, das seit 2014 existiert, ist auf Game-Streaming-Lösungen spezialisiert. Auf der Technologie von RemoteMyApp basiert unter anderem die Spieleplattform der Deutschen Telekom MagentaGaming. RemoteMyApp hatte den Trend, Spiele nicht mehr herunterzuladen und zu installieren, sondern über online-Streaming zu nutzen, entdeckt und eine technische Lösung entwickelt, die international auf Interesse stieß. Die Deutsche Telekom hatte 2020 zwei Millionen Euro in das Stettiner Unternehmen investiert. Die Übernahme durch Intel ist eine der größten Transaktionen bei polnischen Start-Ups seit 2014.

QUELLE: RZECZPOSPOLITA, 9.11.2021, WSZCZECINIE, 09.11.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



INFRASTRUKTUR

Provisorische Brücke gesperrt

Eine kleine Brücke, die in Markosice in der Gemeinde Gubin über die Neiße nach Deutschland führte, wurde gesperrt. Grund dafür ist die steigende Zahl von Migrant*innen, die überwiegend aus dem Nahen Osten über Belarus und Polen nach Deutschland gelangen. Bei dem Flussübergang handelt sich eigentlich um einen Steg, denn nach der Sprengung durch die Sowjets im Jahr 1946 war von der ursprünglichen Brücke nicht mehr viel übrig geblieben. Die Ruine war allerdings noch funktionsfähig und wurde von Einwohner*innen des Grenzgebiets sowie Tourist*innen genutzt. Nun wurden die Metalltreppen entfernt, die nach dem Beitritt Polens zur Schengen-Zone von deutschen und polnischen Feuerwehrmännern geschweißt worden waren, um den Verkehr auf die andere Neiße-Seite zu ermöglichen.

GAZETA LUBUSKA, 03.11.2021

UMWELT

Studenten entwerfen einen Automaten zum Recyceln von gebrauchten Masken

Milliarden von gebrauchten Masken, die die Umwelt zusätzlich zum bereits bestehenden Müll belasten, sind eine der Pandemiefolgen, an die man nicht immer denkt. Zwei Studenten, Mark Ryan von der Technischen Universität Breslau und Aleksander Trakul von der University Edinburgh entwarfen ein Gerät namens Xtrude Zero, das aus gebrauchten Einwegmasken ein Polymergranulat herstellt. Die kompakte Maschine kann laut ihrer Schöpfer in jedem Raum eingesetzt werden. Für ihre Idee wurden die Studenten mit dem James-Dyson-Preis ausgezeichnet. Die so entstandenen Granulate werden desinfiziert, durch einen UV-Lichtstrahl geführt und in einem speziellen Behälter unter Quarantäne gestellt.

Es ist nicht das erste Projekt, mit dem sich die beiden Studenten während der Pandemie beschäftigten. Bereits in der ersten Pandemiewelle bauten sie eine Art Druckerei, die kostenlose Visierhelme für medizinisches Personal herstellte. Sie bemerkten dabei, wie viele Abfälle als Folge der Pandemie entstehen. Seit März 2020 wurden etwa 30 Milliarden Masken in den Müll geworfen.

GAZETA LUBUSKA, 03.11.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Presseschau
Ausgabe Oktober 2021

GESCHICHTE

Lapidarium für deutsche Grabsteine

Vertreter aus Wissenschaft, Kultur und Medien wandten sich mit einem Appell an die Stadtverwaltung von Grünberg (Zielona Góra), auf dem alten städtischen Friedhof in der Wrocławska-Straße ein Lapidarium mit evangelischen Grabsteinen aus der Vorkriegszeit einzurichten. Derzeit befinden diese sich an verschiedenen Orten in der Altstadt von Zielona Góra, meist in unwürdigem Zustand.

Wie die Autorinnen und Autoren des Appells erinnern, hatten die kommunistischen Behörden in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts zwei alte deutsche Friedhöfe aufgelöst. Die sterblichen Überreste der ehemaligen Grünberger wurden zum Teil exhumiert und in ein Massengrab auf dem Friedhof in Jędrzychów gebracht. Die Grabsteine, insbesondere die von besserer Qualität, wurden häufig als Grabsteine für Polen, in der Regel prominente Aktivisten, wiederverwendet. Einige wurden auch für Renovierungsarbeiten genutzt, z.B. zum Pflastern von Straßen.

Ein solcher Umgang mit den deutschen Spuren war zu dieser Zeit im Westen Polens üblich. Die Kommunisten versuchten auf diese Weise, die Erinnerung an die Menschen, die vor dem Krieg auf den früher deutschen Gebieten lebten, auszulöschen. Heute liegen die erhaltenen Grabsteine an mehreren Stellen in Grünberg verstreut. Sie werden auch immer wieder von Bauarbeitern bei verschiedenen Sanierungsarbeiten in der Stadt entdeckt.

In vielen Städten Polens wurden aus den Grabsteinen der Vorkriegszeit Lapidarien, also Gedenkstätten, geschaffen. Meistens auf alten oder heutigen Friedhöfen. Grünberg ist eine der wenigen Städte, die nicht über einen solchen Ort verfügt. Die Autoren des Appells weisen auch darauf hin, dass ein Lapidarium einen hohen pädagogischen Wert hat und zum regionalen Geschichtsunterricht genutzt werden könnte.

Die Idee wird von Vertretern aller politischen Parteien im Grünberger Stadtrat unterstützt. Auch die Vizebürgermeisterin Wioleta Haręźlak steht dem Vorhaben positiv gegenüber. „Ich bin absolut der Meinung, dass das zustande kommen soll. Ich werde den Direktor des Friedhofs bitten, mögliche Standorte auszuwählen, damit wir in der zweiten Novemberhälfte ein Treffen zu diesem Thema vereinbaren können, um die Einzelheiten zu besprechen“, sagte sie in der lokalen Ausgabe von „Gazeta Wyborcza“.

GAZETA WYBORCZA ZIELONA GÓRA, 02.11.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Presseschau
Ausgabe Oktober 2021

POST

Briefträger dringend gesucht

Bis zu mehrere Wochen müssen Einwohner*innen von Grünberg derzeit auf ihre Sendungen warten. Grund dafür ist die fehlende Zahl von Briefträgerinnen und Briefträgern. Besonders betroffen von der Situation sind zwei Bezirke: Łężyce und Czarkowo. Die Einwohner des Bezirks beschwerten sich, dass viele Sendungen zurück an den Absender gehen, obwohl sie niemand versucht hat, zuzustellen. Seit Wochen fahren die Einwohner selbst zur Post und holen sich Briefe oder Pakete ab.

Grünberg ist nur ein Beispiel für den Fachkräftemangel bei der polnischen Post. Auch in anderen Gebieten des Landes kommt es zu Verzögerungen bei Sendungslieferungen. Die Briefträger beschwerten sich seit Jahren über schlechte Arbeitsbedingungen: niedrige Löhne, Zeitdruck sowie das Nutzen von privaten Autos sind die größten Probleme. Viele verlassen deswegen ihren Beruf.

Die Parlamentsabgeordnete der Bürgerkoalition Katarzyna Oss erklärt in der „Gazeta Wyborcza“: „Wer will schon noch die Aufgaben von ausscheidenden Postboten übernehmen, um noch mehr Pakete mit Spielzeug, Grabkerzen oder Süßigkeiten zu liefern, wenn dies nicht mit einer angemessenen finanziellen Unterstützung verbunden ist? Die Briefträgerinnen und Briefträger machen eine Arbeit, die wir alle brauchen, und zwar unter Bedingungen, die viele andere nicht bewältigen könnten. Deshalb müssen sie einen angemessenen Lohn erhalten.“ Die mit der Situation vertraute Oss meint auch, dass die vor kurzem von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen lediglich die steigende Inflation verringern werden.

GAZETA WYBORCZA ZIELONA GÓRA, 03.11.2021

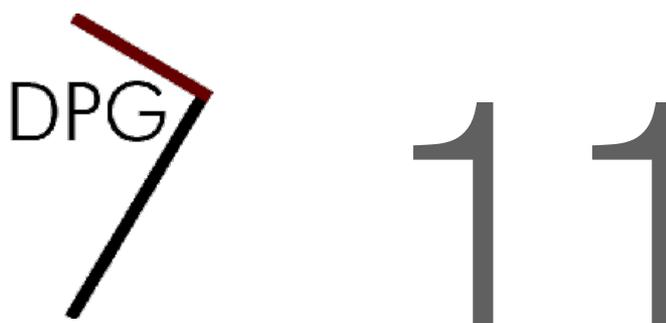
SPORT

Polens U-21-Auswahl gewinnt 4:0 gegen Deutschland

Beim Qualifikationsspiel zur Fußball Europameisterschaft U21 der Herren war die deutsche Mannschaft der polnischen mit einem 0:4 überraschend deutlich unterlegen. Die polnische Mannschaft trat von Anfang an stark auf und schoss die ersten drei Tore schon in den ersten 15 Minuten des Spiels. Zwei der vier polnischen Tore erzielte Adrian Benedyczak, der derzeit für die „Kreuzritter“ von Parma Calcio spielt und zuvor bei Chrobry Głogów und Pogoń Szczecin



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dp-g-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

Pressechau
Ausgabe Oktober 2021

Stürmer war, die anderen beiden schossen Michał Skóraś von Lech Poznań und Kacper Kozłowski von Pogoń Szczecin.

QUELLE: TVP SPORT, 12.11.2021



Gefördert durch Mittel des Ministeriums der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie der Humboldt Societät FFO



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek, Adrian Fiedler
Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098

12